

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 10. September 1921

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfgepaltenen Zettel; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklamenzettel 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 105

Leistung und Gegenleistung

Wie du mir, so ich dir!
Mann mit zugeknöpften Taschen
Dir tut niemand was zu lieb;
Hand wird nur von Hand gewaschen;
Wenn du nehmen willst, so gib!

Die deutschen Buchdrucker haben von jeher ihrer beruflichen Fortbildung auch über die vierjährige Lehrzeit hinaus eine viel größere Bedeutung beigelegt als jede andre gewerbliche oder industrielle Arbeitergruppe. Der Verband der Deutschen Buchdrucker selbst ist aus dem Schoße des ehemaligen Fortbildungsvereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergehilfen hervorgegangen. Seit seiner Gründung vor 56 Jahren gilt in seinen Reihen die Pflege der beruflichen Fortbildung als statutarisches Postulat. Ein vielbändiges Werk ließe sich darüber schreiben, mit welchem Bienenfleiß die deutschen Buchdrucker von Jahr zu Jahr in steigendem Umfange bemüht waren, allen technischen Fortschritten im Gewerbe Rechnung zu tragen und den ständig zunehmenden beruflichen Anforderungen an die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen Gehilfen gerecht zu werden. Die heute über das ganze deutsche Reichgebiet verzweigten Sparvereine und Typographischen Vereinigungen sind fachtechnische Fortbildungsorganisationen, wie sie in solchem Umfange, in so emsiger Tätigkeit und Mitharbeit von Ort zu Ort kein anderer deutscher Industrie- oder Gewerbebetrieb aufzuweisen hat. Buchdrucker in den letzten Jahrzehnten geschlossenen Bildungsverbände der Deutschen Buchdrucker gewährten die Lehrjahre innerhalb des Verbandes der Deutschen Buchdrucker haben die fachtechnischen Fortbildungsbestrebungen der deutschen Buchdrucker eine noch festere und einhelligere Grundlage erhalten.

Diese unablässigen beruflichen Fortbildungsbestrebungen außerhalb der täglichen Berufsarbeit sind in technischer Hinsicht von den erfreulichsten Erfolgen begleitet gewesen. Sie haben in erster Linie dazu beigetragen, dem deutschen Buchdruckergewerbe einen Welt Ruf ersten Ranges zu verschaffen. Seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland ist auf dieser Grundlage auf Generations hinaus unantastbar. Die ausländischen Buchdruckereibesitzer wissen die berufliche Tüchtigkeit der deutschen Buchdrucker sowohl nach Qualität wie Quantität ihrer Leistungsfähigkeit wohl zu schätzen, während sie von den ausländischen Kollegen wegen ihrer Konkurrenzkraft und Beeinflussung der Arbeitsverhältnisse im Ausland überall, wo sie praktisch in Erscheinung tritt, aus wirtschaftlichen Gründen in entgegengesetzter Richtung beurteilt wird.

In schroffem Gegensatz zu dieser vorbildlichen Berufshingabe der deutschen Buchdrucker steht deren Entlohnung als Gegenleistung seitens der Unternehmer im deutschen Buchdruckergewerbe. Ein ungelerner Postbesitzer, von dem weder besondere orthographische Kenntnisse, noch zeichnerische oder maschinentechnische Befähigung, noch eine vierjährige Lehrzeit verlangt wird, stellt sich heute in der Entlohnung wesentlich besser als ein gelernter Buchdrucker; ja selbst Straßenkehrer und andre ungelernete Berufe stehen bezüglich Entlohnung in vielen Orten Deutschlands mit dem Buchdrucker auf gleicher Höhe und in vielen Fällen sogar über ihm. Steht man demgegenüber in Betracht, daß die große Mehrzahl der deutschen Buchdruckereibesitzer durch ihre Vertreter bei allen Tarifverhandlungen der letzten Jahre den eindringlichsten Vorstellungen der Gehilfenvertreter immer nur ein gänzlich unzureichendes Verständnis entgegengebracht haben, so beweist dies eine geradezu unverantwortliche Mißachtung der Begriffe von Leistung und Gegenleistung. Der stereotype Einwand von Unternehmerrisiko, das Gewerbe könne eine stärkere Belastung auf dem Lohngebiete nicht ertragen, hat nicht nur den Reiz der Neuheit längst verloren, er muß sogar als abfällige Täuschung der Gehilfenchaft wie der gesamten Öffentlichkeit betrachtet werden. Noch nie hat die Gehilfenchaft den Standpunkt vertreten, daß die Ergebnisse des Buchdruckergewerbes den Verkäufern zu Schleuderpreisen geliefert werden sollten. Schon seit vielen

Jahren hat sie ihre Bereitwilligkeit, an einer Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz mitzuwirken, im Rahmen der Tarifgemeinschaft vorzüglich festgelegt. Wir wollen hier nicht die Frage aufrollen, warum es in dieser Hinsicht bisher immer noch nicht zu einer durchgreifenden Ordnung gekommen ist. Aber so viel wissen wir, daß daran die Besitzer großer Betriebe nicht minder schuld sind als jene kleiner Betriebe. Für die Gehilfenchaft ist aber der Zeitpunkt gekommen, wo sie im Interesse ihrer eignen Selbsterhaltung gezwungen ist, diesen traurigen Zuständen ein Ende zu machen.

Die deutschen Buchdrucker haben, wie schon erwähnt, immer noch eine große innere Verbindung mit ihrem Beruf. Aber auch sie können von beruflichem Idealismus allein nicht leben; sie sind Menschen von Fleisch und Blut wie alle andern Menschen. Sie brauchen Nahrung, Kleidung, Wohnung und haben Kulturbedürfnisse gerade so gut wie alle andern Menschen. Es ist daher auch kein Wunder, daß, je höher die Kosten der durchschnittlichen Lebenshaltung in den letzten Monaten gestiegen sind und je weiter die Buchdruckerlöhne im Verhältnis zur Teuerungskurve zurückgeblieben sind, desto lockerer auch das Band wurde und wird, das die Buchdrucker an ihren Beruf fesselt. Und schon zeigen sich allenthalben deutliche Anzeichen sinkender Berufstreu. Die Artikel in Nr. 101 des „Korr.“ („Mangelnde Berufstreue“, „Ausflöße Fortbildungsbestrebungen“, „Mut zum Handeln“ und die „Miß der Streikfront“) sind deutliche Stimmungsbilder in dieser Richtung. Von Tag zu Tag häufen sich bei uns außerdem die Zuschriften aus allen Teilen des Reiches, die erkennen lassen, daß selbst Kollegen, die bisher mit ganzer Seele an ihrem Berufe hingen, jede Lust und Liebe zur Arbeit und zu ihrer Fortbildung verloren haben. Das sind traurige Zeichen des Verfalls, die das deutsche Buchdruckergewerbe in seinen Grundfesten erschüttern werden, wenn auf dem Gebiete der Entlohnung nicht so schnell wie möglich eine gründliche Besserung eintritt.

Es wäre Vogelstreichspolizei, wenn wir diesen Erscheinungen keine Bedeutung beilegen oder ihnen keine Berechtigung zusprechen wollten. Wir fühlen uns daher verpflichtet, auch diesen Dingen ins Auge zu sehen und auf deren Folgen aufmerksam zu machen. Von vornherein möchten wir dabei betonen, daß wir außerordentlich bedauern würden, wenn die idealen fachtechnischen Fortbildungsbestrebungen der deutschen Buchdrucker durch Nachlassen der persönlichen und geistigen Spannkraft einen Rückschlag erleiden würden. Denn es mag sich die zukünftige Entwicklung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete gestalten wie sie will, immer wird ein in seinem fache tüchtiger Arbeiter notwendiger und unentbehrlicher sein, als Arbeitskräfte, die sowohl technisch wie geistig schwerfälliger sind. In der geistigen und fachtechnischen Leistungsfähigkeit liegt nicht nur ein allgemeines Wertobjekt, sondern auch ein rein persönliches oder subjektives, das dessen Träger sowohl die Last der Tagesarbeit wie auch den harten Kampf ums Dasein überhaupt erleichtert. Immer wird der geschulte und daher leichter arbeitende Mensch im eigentlichen Produktionsprozeß gegenüber ungelerten oder ungeschulten Arbeitskräften im Vorteile sein; rein äußerlich betrachtet, wird ihm die Arbeit weniger schwer fallen als dem ungeschulten. Die Form der Wirtschaftsordnung, in der der Produktionsprozeß vor sich geht, kann diese Vorteile rein persönlicher Vorteile für den vorwärtsstrebenden Arbeiter niemals ganz beseitigen, sondern sie höchstens zum Nachteile für den gesamten Produktionsprozeß nicht zur vollen Auswirkung kommen lassen. Und letzteres ist der springende Punkt, der die ganze privatkapitalistische Wirtschaftsordnung beherrscht, ihren Aufstieg ermöglichte, insofern seiner unlogischen Natur aber auch deren Verfall mit sich bringen muß und wird.

Die nahezu sprichwörtlich gewordene niedrige Entlohnung der deutschen Buchdrucker droht sich, je länger sie dauert, zu einer restlosen Sabotage der Arbeitsfreudigkeit aller Buchdruckereiarbeiter auszuwachen; und zwar zuerst auf physischem und neuerdings auch auf psychi-

soischem Gebiete. Die Begriffe Leistung und Gegenleistung drohen immer deutlicher mehr und mehr zu einem einfachen, seelenlosen Rechengemmel zu werden. War wenigstens vor dem Kriege das tarifliche Minimum trotz seiner durchschnittlichen Urtheilbarkeit noch dazu anlangend, der Freude an der Arbeit eine halbwegs erträgliche materielle Basis zu geben, so wurde diese seitler von Jahr zu Jahr schwächer. Vergleichen wir den heutigen durchschnittlichen Buchdruckerlohn mit der heutigen Kaufkraft der Mark und stellen wir deren Kaufkraft im Frieden in Parallele zur Tragkraft der geistigen wie körperlichen Leistungsfähigkeit auf tariflichem Boden, so finden wir, daß z. B., gemessen an der Baluta und der Indexziffer des Statistischen Reichsamts vom August d. J., eine rund 14fache Steigerung der Lebenshaltungskosten in Deutschland zu verzeichnen ist, während der Buchdruckerlohn im Reichsdurchschnitt einschließlich Wirtschaftsbefehle nur zwischen dem 8- und 9fachen Friedenslohn schwankt. Der heutige Buchdruckerlohn bleibt demnach um rund 40 Proz. an Kaufkraft hinter dem Friedensstandard zurück. Da dieser Zustand nun schon seit mehreren Jahren von Woche zu Woche bei geringen Schwankungen die Lebenshaltung der Buchdrucker belastet, ist es kein Wunder, daß auch die Freude an der täglichen Berufsarbeit immer tiefer sinkt. Wenn man von Woche zu Woche eine immer steigende Verelendung der Haushaltungen erleben muß, die auch durch die selbstige Arbeit nicht verhindert werden kann, dann muß wohl oder übel auch der höchste Berufsbegehr zum Teufel gehen. Man komme uns nicht mit dem Rückgang der Leistungen durch die Einführung des Achtkundentags. Denn die physischen Möglichkeiten, bei längerer Arbeitszeit noch intensiver tätig zu sein, wären bei einer so geschwächten Lebenshaltung bei längerer Arbeitszeit nur noch geringfügig. Die Anlust zur Arbeit würde sich dann nur noch um so scharfer auf mehr Arbeitsstunden legen und die tägliche Gesamtleistung noch weiter herabsetzen. Wir sind aber frohgeden auch heute noch der Ansicht, daß die deutschen Buchdrucker in bezug auf Arbeitsleistung an erster Stelle stehen. Aber wie alles, so hat auch dies seine Grenze. Und es hat gar keinen Zweck mehr, vor dieser immer näher rückenden Grenze die Augen zu verschließen.

Das Unternehmertum hat in dieser Hinsicht mit wenig Ausnahmen eine Moral, die wirtschaftlich betrachtet, einen sehr bedenklichen doppelten Boden hat. In ihren Kreisen gilt nämlich nicht derjenige als ein tüchtiger Geschäftsmann, der mit unermüdbarem eigenen Fleiß, höchster geistiger oder körperlicher Anstrengung sich mühsam über Wasser hält, sondern in der Regel nur derjenige, der es versteht, mit möglichst wenig eigener Anstrengung die höchsten Profite zu erzielen. Diese Moral ist typisch geworden für die gesamte privatkapitalistische Wirtschaftsordnung. Ihr begegnet der Arbeiter überall auf Schritt und Tritt. Handel, Industrie und Landwirtschaft „arbeiten“ nur noch nach diesen Grundfäden. Nimmt aber ein Arbeiter den gleichen Standpunkt ein, so zersetzt die gesamte Unternehmerrasse über willkürliche Zurückhaltung der Leistungen.

Gerade wir Buchdrucker haben diese Weise und den Text von der Zurückhaltung der Leistungen schon mehr als genug von den Unternehmern im Buchdruckergewerbe gehört. Je mehr fachtechnische Fortbildungsmöglichkeiten sich die Buchdruckergehilfen schufen, je mehr sie darauf achteten, daß die Lehrlingsausbildung eine bessere wurde, um die Zahl technisch schwacher Arbeitskräfte zu verringern, desto größer wurde der Abstand der Gegenleistungen an Unternehmerrisiko. Die letzten sieben Tarifgemeinschaftsjahre sind auf diese Weise zu sieben äußerst mageren Jahren für die Buchdruckergehilfen geworden. Daß eine solche Entwicklung schließlich auch die bisher berufstreuhesten Kollegen ins Lager der Verzweiflung treibt, ist unausbleiblich und für jeden verständlich, der noch einigermaßen Menschenkenntnis besitzt. Hier kann nur schleunigste Umkehr zu einer gerechten Anpassung der Löhne an die völlig veränderten Lebenshaltungskosten helfen.

„Sand wird nur von Sand gewaschen; wenn du nehmen willst, so gib!“, sagte schon der weise Goethe. Das gilt auch für uns Buchdrucker. Die heutigen Gegenleistungen des Unternehmertums im Buchdruckgewerbe stehen gegenüber den Leistungen der Arbeiterklasse in sehr weitem Abstände von dem Werte des Lohnes in heutiger Zeit. Die Gehilfenchaft hat durch ihre rechtmäßigen Vertreter von jeder darauf gedrungen, daß diese Mißstände beseitigt werden. Es ist ihr nicht gelungen; immer mußte sie sich mit einer mehr als beheldenen Abschlagszahlung zufriedengeben. Dem Nachweise dafür, daß auf Unternehmenseite jede Möglichkeit zur Erfüllung der berechtigten Forderungen der Gehilfenchaft fehlte, sind die Unternehmervereine durch strikte Ablehnung aller Anträge, die auf einen tieferen Einblick in die Geschäftsverhältnisse der Betriebe abzielten, ausgewichen. Diese Zurückhaltung hat ganz naturgemäß zur Folge, daß die Gehilfenchaft an ein Nichtkönnen einfach nicht glauben kann, sondern nur ein Nichtwollen auf Unternehmenseite sieht. Dieser Umstand wirkt auf die Freude zur Arbeit ganz besonders lähmend und ist durchweg einen inneren Widerwillen gegen jede über den jeweiligen realen Wert der Entlohnung hinausgehende Arbeitsleistung aus. Der Grundsatz: „Wie der Lohn, so die Arbeit!“, wird zur Selbstverständlichkeit; und zwar gerade deshalb, weil die Gehilfenchaft schon bisher trotz rüchtlänglicher Lebenshaltung ihre Arbeitsleistungen auf gleicher Höhe zu halten bemüht war wie früher bei relativ besserer Entlohnung. Es ist ein gefährlicher Trugschluß des Unternehmertums, anzunehmen, daß die Arbeiterklasse selbst wenn sie dazu in der Lage wäre, zuerst höhere Arbeitsleistungen auf sich nehmen würde, ehe sie einen den veränderten Lebenshaltungskosten entsprechenden Lohn erhält. Wenn unter den heutigen Verhältnissen nicht jede Garantie dafür, daß höhere Leistungen nicht sofort auch eine größere Arbeitslosigkeit nach sich zieht. Im Gegenteil, die Erfahrungen der letzten Jahre auf dem Gebiete der Kurzarbeit und der Entlassungen, trotz Demobilisierungsvorrichtungen, bedeuten für die Arbeiterklasse alles andre, als die Möglichkeit einer Verbesserung ihrer Lage durch intensivere Arbeitsweisen. Gewiß verlohnt sich kein vernünftiger Arbeiter der Einsicht, daß nur Arbeit uns retten kann; denn menschliche Kopf- und Handarbeit ist ja der einzige reale Wertträger; alles andre nur Schwebung, Spekulation und Betrug, deren Kosten früher oder später immer wieder auf die Schultern der Kopf- und Handarbeiter zurückfallen. Aber ganz abgesehen von allen diesen mehr wirtschaftspolitischen Gründen, bleibt immer noch die Tatsache bestehen, daß die heutige Entwertung der Arbeitskraft durch die im Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten niedere Entlohnung nicht nur die Möglichkeit einer höheren Arbeitsleistung mehr und mehr ausschließt, sondern zu ihrer weiteren Senkung führen muß. Je länger der gegenwärtige Zustand der Lebenshaltung der Arbeiterklasse und der der Buchdrucker insbesondere andauert, sich von Tag zu Tag weiterer Verschleiß der von jeder dürftigen Habe in den Haushaltungen ohne die Möglichkeit von Neuanfassungen sichtbar macht, desto schwächer wird auch die seelische Widerstandskraft und die Lust zur Arbeit. Wenn Tag um Tag, Woche um Woche verfließt, ohne einen Ausblick auf endliche Erleichterung, auf eine bessere Lebenshaltung, dann müssen und werden auch die letzten Berufsideale verwinden. Eine Zurückhaltung der Leistungen wird dann nicht mehr als Pflichtverletzung bewertet werden, sondern als Waffe der Verzweiflung nach der Parole: „Wie du mir, so ich dir!“ Wir wünschen diesen Zustand nicht; aber wir werden auch nicht imstande sein, ihn zu verhindern, wenn alle Versuche, auf friedlichem Wege endlich die Notlage der Gehilfenchaft in durchgreifender Form zu beseitigen, Lust und Liebe zur Arbeit wieder aufzurichten, abermals fehlschlagen sollten!

Seremonienmeister der Wildunger Tagung

In diesen Tagen fand in Bad Wildungen die Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins statt. Was unsere Prinzipale gerade zur Wahl dieses Ortes veranlaßt hat, ist schwer zu sagen. Wir Gehilfen aber könnten die Wahl unter Umständen als ein Symptom auffassen für den Geist, der von dieser Tagung ab im Deutschen Buchdruckervereine tonangebend sein soll. Denn Bad Wildungen im kleinen Waldecker Bändchen ist im weltweiten Ansehen so ziemlich das reaktionärste Nest, das man sich denken kann — reaktionär in bezug auf die allgemeine Politik, reaktionär aber besonders auch in Hinsicht auf unsern Beruf und unsere Tarifgemeinschaft.

Wenn man freilich den luminanten Begrüßungsartikel liest, den die „Wildunger Zeitung“ der Buchdrucker-tagung widmet, dann könnte man annehmen, daß es in Wildungen in gewerblicher Beziehung musterhaft bestellt sein müsse. Dort heißt es nämlich u. a.:

Zu erster, verantwortungsvoller Arbeit vereint sich eine Gemeinschaft von Männern in unsern Mauern, die mitbewerben ist, dem neuen Deutschland die Wege zu bereiten. Aber Stadt und Land hinausgehend, sollen in Bad Wildungen Beschlüsse gefaßt werden, die

in hohem Maße geeignet sind, unsere kulturellen und sozialwirtschaftlichen Lebensbedingungen zu verbessern. . . . Ebensoviele hat auch Wildungen. . . . In seinem Bereiche nicht eine gleiche Schar von Männern beherbergt, deren Rat und Tat richtunggebend ist für die Zukunft einer weltberühmten, großartig-legendreichen Berufsgemeinschaft.

Ein einen Begrüßungsartikel darf man ja im allgemeinen nicht so leicht die kritische Sonde anlegen, weil dort immer ein bißchen stark aufgetragen wird. Deshalb wollen wir auch nicht weiter darauf eingehen, daß dieselbe Zeitung, die hier schreibt, es sage eine Gemeinschaft von Männern, die berufen seien, dem neuen Deutschland die Wege zu bereiten, sich keine Mühe verdröhen läßt, um dem neuen Deutschland Knäuel zwischen die Beine zu werfen. Wenn aber der Verfasser von einer „großartig-legendreichen Berufsgemeinschaft“ spricht, so muß doch festgehalten werden, daß gerade die Macher der „Wildunger Zeitung“ ihr möglichstes tun, um dies so sehr geprübelte Berufsgemeinschaft zu sabotieren. Als verantwortlicher Redakteur für den walddeutschen Teil gelangt nämlich der Buchdruckerbetreiber Ernst Funk und als sein Vertreter ein Herr M. Maus. Einer von diesen beiden Herren scheint den Artikel verbrochen zu haben, denn er ist mit „-“ gezeichnet.

Wer sind diese Herren nun? Herr Ernst Funk ist Buchdruckerbetreiber und druckte früher die „Wildunger Zeitung“. Dem Namen nach war er vor Jahren auch einmal Mitglied der Tarifgemeinschaft, konnte es aber mit dieser Mitgliedschaft vereinbaren, daß er sich niemals an die Bestimmungen des Buchdrucker-tarifs hielt. Und als dann vor Jahren durch die Zentralarbeitsgemeinschaften bei der Brot- und Kartoffelpreis-erhöhung ein allgemeiner Lohnausgleich vereinbart wurde, der in unserm Gewerbe für die Wöchigen 5 Mk., für die Verbetrauten 10 Mk. betrug, da wurde es dem Herrn Funk zu bunt. Er dachte ihm unerbört, daß seine Gehilfen von ihm verlangen, er solle sie nach den tariflichen Bestimmungen bezahlen. Er verweigerte die Zahlung und trat aus der Tarifgemeinschaft aus. An seine Gehilfen stellte er die Summation, sie sollten, wenn sie bei ihm weiterarbeiten wollten, ebenfalls aus der Tarifgemeinschaft austreten. Das taten die Gehilfen aber nicht, sondern verließen das Dorf des Herrn Funk. Dieser fand jedoch einige Rausreiter, auch von den ausgetretenen Gehilfen liehen einige um, und so konnte er seinen Betrieb „tariffrei“ aufrecht erhalten. Seine Erzeugnisse waren aber derart, daß die Verleger der „Wildunger Zeitung“ ihm den Druck entsagten und sie in einer tarif-treuen Druckerei in Korbach herstellen ließen.

Die Herr Funk ist nun der Jeronimemüller der Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins in Bad Wildungen. Und sein Vertreter M. Maus? Der war früher einmal Verbandsmittelglied, zog es aber vor, sich bei dem gegenseitigen Konflikt aus dem Verband auszuscheiden zu lassen, um die Schmalzstücke des Herrn Funk nicht verlassen zu müssen.

Das sind die Herrschaften, die den Deutschen Buchdruckervereine in Bad Wildungen willkommen heißen. Fürwahr, die Tagung unserer Prinzipale in Bad Wildungen steht unter einem eigenartigen Stern.

Auch sonst ist Wildungen, wie gesagt, ein schwarzes Nest innerhalb unseres Gewerbes. Von den vier dortigen Druckereien sind die beiden größten „tariffrei“. Löhne von 90 und 100 Mk. sind heute noch an der Tagesordnung. Aber auch die beiden andern Druckereien, die keine Gehilfen beschäftigen, gebären nur dem Namen nach der Tarifgemeinschaft an. Ihre „tarif-treue“ wird gekennzeichnet durch die Tatsache, daß ihre Inhaber lemergelt bei dem Konflikt in der Buchdrucker-Funk Rausreiterdienste leisteten.

Aus dem hier Selagten erhellt wohl zur Genüge, wie recht wir hatten, wenn wir eingangs sagten, man könnte die Wahl des Ortes für die Tagung unserer Prinzipale als ein Symptom auffassen — allerdings nicht als ein erfreuliches Symptom. Immerhin — mögen die Buchdruckerbetreiber in dem „tarif-treuen“ Wildungen beschließen, was sie wollen, die im Verband organisierten Buchdrucker sind auf der Wacht und werden dafür sorgen, daß den Scharmachern im Prinzipalslager die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Kassel.

W. Krelb.

Aus Südbayern

Wenn wir bayerischen Kollegen bisher keine lokalen Bewegungen zu verzeichnen haben, so ist dies nicht etwa darauf zurückzuführen, daß wir besser dazustehen sind als untre norddeutschen Kollegen. Der bayerische Kollege ist mit den Ergebnissen der letzten Tarifausgleichung genau so unzufrieden gewesen wie sein norddeutscher Arbeitsbruder. Wir hätten in Bayern aber wohl die besten Zustände bekommen, wäre nicht im letzten Augenblick eine kleine Silke, wieder ein Tropfen, erfolgt: die zweimalige Auszahlung der Mitgliedsbeiträge im Monat September. Vollständig falsch ist es, wenn unsere Gehilfen- und Prinzipalsvertreter etwa annehmen sollten, in Bayern wäre es mit der Teuerung nicht so schlimm wie im übrigen Reich. Das Gegenteil ist der Fall. In Bayern werden heute für Brot und Fleisch Preise verlangt, die den norddeutschen voll angepaßt sind. Das selbe gilt für die andern landwirtschaftlichen Produkte. Vier sind z. B. in kurzer Zeit von 88 Pf. auf 1,50 Mk. hinaufgestiegen und werden noch immer steigen, Molkerbetreiber kostete 24—25 Mk., Milch in München 3,05 Mk. das Liter; in Augsburg vorläufig noch 2,85 Mk. Dabei sind die bayerischen Großgrundbesitzer mit diesen Preisen noch nicht einmal zufrieden, im Gegensatz zu den Klein-

bauern, welche die Not in den Städten nicht ableugnen. Wenn der ungekrönte König Bayerns, der Bauernführer Dr. Heim, vor kurzer Zeit noch die Behauptung aufstellte, in Bayern bekomme man um eine Mark 10 viel wie in Preußen um drei Mark, so strafen die heutigen Verhältnisse diese Worte der Unwahrheit. Die bayerische Mark ist genau wie im übrigen Reich nur mehr ihre fünf Friedenspfennige wert. Dabei verdient noch hervorzuheben zu werden, daß Augsburg laut einmütiger Feststellung des Augsburger Stadtrats genau so teuer wie München und Nürnberg ist. Mancher norddeutsche Kollege, der während des Krieges in Bayern Kondition annahm, weil es damals wirklich ein bißchen besser war, bereut es heute, da er weiß, daß es im Norden nun auch nicht teurer ist, der Lohn dagegen viel höher. Erst die er Tage konnte ich in die Opfer eines stellungsluchenden Maschinenbauers Einblick tun und daraus erleben, wie selbst kleine norddeutsche Druckereien 50 Mk. über Minimum boten, norddeutsche Provinzialstädten einen Lohn anbieten, wie er selbst in der süddeutschen Metropole München nicht bezahlt wird.

Genau wie im übrigen Reich sind uns auch hierorts nahezu alle Arbeiterkategorien in der Bezahlung voraus. Die Pioniere von einst sind zu den Nachwachstern herabgelunken. Ich will nur ein Beispiel anführen: Die Durchschnittslöhne in der hiesigen Schuhfabrik betragen für Akkordarbeiter etwa 420 Mk. die Woche; im Lagedlohn sind sie etwas niedriger, etwa 360—370 Mk. Man vergleiche damit den Lohn eines Handarbeiters Klasse C mit 236 Mk. die Woche und Mitgliedsbeiträge! Dabei beträgt die Arbeitszeit für die meisten Arbeiter der andern Berufe 46 Stunden, im Gegensatz zu unsern 48.

Wie die gesamte übrige Kollegenchaft, steht auch die bayerische Arbeiterklasse des Buchdruckergewerbes auf dem Standpunkte, daß es so nicht weitergehen kann. Unsere Gehilfenvertreter sollen uns ja nicht nochmals mit Behauptungen kommen, wie „unser Gewerbe ist kein lebensnotwendiges Gewerbe“ oder mit den Prinzipalsargumenten, daß es eine weitere Belastung nicht vertragen könne. Ungeheure Opfer brachte die Gehilfenchaft bisher für das Gewerbe. Muß es denn sein, daß man bereits um 4,50, 5 oder 6 Mk. monatlich eine Tageszeitung drei ins Haus geliefert bekommt? Wenn sich unser Gewerbe tatsächlich nur durch die allerniedrigsten Löhne halten kann, dann ist es nicht nötig, daß es länger besteht. Es kann aber kein Zurück im graphischen Gewerbe geben, sondern nur ein festes Vorwärts, wenn es nicht mit der Kultur noch weiter abwärts gehen soll.

Geradezu unverständlich ist, daß in Bayern vor allem die Prinzipalsreaktion eine so feste Stütze hat. Die Herren wissen doch sicher selbst sehr gut, daß es in Bayern genau so teuer ist wie im übrigen Reich.

Mögen sich unsere Gehilfenvertreter dadurch nicht irremachen lassen. Sie können vielmehr die Verliererung hinnehmen, daß vor allem auch die bayerische Kollegenchaft wie ein Mann hinter ihnen steht, wenn es gilt, bessere Bedingungen zu erkämpfen. Umkehrt wird die lokale Lohnbewegung an den weiß-blauen Grenzplätzen nicht baltmachen, wenn unsere Gehilfenvertreter wieder mit einem so mageren Ergebnisse, wie das letzte eins war, beimehren.

Dabei verdient noch die Forderung erhoben zu werden, daß endlich einmal die Aufschläge für Früh- und Nachmittagsarbeit erhöht werden und auch die Maschinenleiter einen besonderen Zuschlag erhalten. Die andre Lösung: dem Maschinenleiter gleichen Lohn, dafür aber kürzere Arbeitszeit zu gewähren, ist gegenwärtig nicht durchzuführen. Bekommt der Maschinenleiter nicht bald Vorteile für seinen viel gelunbheftschädlicheren Beruf, so lohnt es sich nicht mehr, an der Maschine zu stehen.

Augsburg.

O. M.

Deutsch-Österreich

In letzter Zeit kann man bei uns in Österreich bemerken, wie wanderlustige Kollegen aus Deutschland die Grenze passieren und in Deutsch-Österreich das Glück versuchen. Jenen Auerfabriken und auch solchen, die noch beabsichtigen sollten, in das neue Reich zu kommen, mögen diesen Stellen als Warnung dienen.

Während in Deutschland die Verhältnisse es gestatten, das Ränzchen zu schnüren und das Wette zu suchen, ist es in Deutsch-Österreich ganz anders, der österreichische Kollege kann keine Grenze passieren und ist auf keinen Fall in der Lage, sich fremdes Geld zu verschaffen. Die Mark ist ihm 1 : 15, der schweizerische Franken 1 : 200. Den Kollegen im benachbarten großen Reich dürften die Verhältnisse voll und ganz unbekannt sein — ausgenommen die „Grenzer“ oder jene Kollegen, die schon einmal in den lauren Spiel gebissen haben und sich dann von zu Hause Geld schicken lassen, um wieder das Wette suchen zu können.

Wie stellt sich bei uns der Lebensunterhalt? Das Minimum ist: in den Provinzorten und in den kleineren Städten im ersten Gehilfenjahre 1200 Kr., dann bis zum 24. Lebensjahre 1480, in der höchsten Klasse 1750 Kr.

Nun leben wir einmal die Preise: ein Mittagessen (ohne Brot und Getränke) von 80 Kr. aufwärts — bis diese Zeiten in Druck kommen jedenfalls wieder bedeutend höher, während der Lohn keine Änderung noch vorwärts erfährt — ein Nachtessen von 60 Kr. aufwärts, einmaltiges Nachtquartier von 80 Kr. aufwärts (in der Provinz), zwei Bröden 12 Kr., ein Wirtshaus (4 bis 16 Kr.), eine Zigarre 15 Kr., eine Zigarette (von der einigermassen rauchbaren „Sport“ angefangen) 4 Kr. (nach der Raucherkarte zur Zeit 1,40), eine ägyptische (Dritte Sorte) 6 Kr. Ein Zimmer ist nicht aufzutreiben. Und wenn schon, so ist dasselbe entweder bei „berühmten“

Personlichkeiten oder das Drum und Dran derart gehalten, daß es wirklich keine Freude ist, ein Zimmer bekommen zu haben.

Stellen wir also bei einem jungen Kollegen der zweiten Klasse seine Ausgaben einer Woche seinem Verdienste von 1480 Kr. gegenüber:

Schlafen (7 x 80 Kr.)	560 Kr.
Mittagessen (7 x 80 Kr.)	560 "
Abendessen (7 x 50 Kr.)	350 "
Wäsche (ein Hemd, Unterhose, Sackhuch, Strümpfe)	22 "
Ein Weiden Brot (1 kg.)	6 "
Stübchen ein Bier (a 17 Kr.)	119 "
Tabakausgabe (40 „Spori“ a 1,40 Kr.)	56 "
	1673 Kr.

Dazu kommen noch:

Verbandsbeitrag	48 Kr.
Krankenkasse	36 "
Steuer	36 "
Arbeitslosenversicherung	4 "
Arbeiterkammerbeitrag	3 "
	127 Kr.

Wir sind nun bereits auf einer Ausgabebasis von 1800 Kr., ohne daß der Kollege auch nur schon ein Krugbrot gekauft hätte. Was ihm nun aber an den Ausgaben noch fehlt, möge er sich selbst dozieren, es wird sich ihm ein Stückchen ergeben, daß er schon hübsch Geld mitbringen muß, um in Österreich arbeiten zu können.

Vielleicht denkt sich mancher Kollege: Ja, die andern arbeiten doch auch drinnen! In diesem Falle will ich ihm nur das eine sagen: der Buchdrucker führt hier ein Proletarierleben, wie wohl kein Arbeiter. Die Statistik der Berufskrankheit wird an Hand von Ziffern das Erschreckende lehren und stumme Zahlen werden alles sagen. Diese Zahlen gehen nun nicht darauf aus, die wanderlustigen Kollegen von Deutsch-Österreich fernzubalten. Es muß jeder selbst urteilen, und die Ziffern über den Lebensunterhalt sind eher zu niedrig genommen als zu hoch.

Dazu mögen die Kollegen bedenken, daß die Reiseunterstützung in Österreich nicht mehr existiert. Was nützt es einem Kollegen, wenn er in einer Zude ausreißt und 20 Kr. zusammenbringt? Er bekommt ein Bier dafür, aber kein Brot dazu! Im übrigen möchte ich hier darauf aufmerksam machen, daß die planmäßige Verlosung mit Lebensmitteln mit Karten vor sich geht, obwohl viele Sachen frei sind. Wer also ohne Karten im Wirtsbau ist, muß Fremdenpreise zahlen.

Am Kleiderbesatzung ist nicht zu denken, wo ein Anzug 10000, 12000, 14000 Kr. kostet, ein Hemd 680 bis 1100 Kr., Strümpfe 120 Kr., ein Paar neue Maßschuhe 3400 Kr., ein Paar Socken 500 Kr.

Die Zellen mögen allen Jenern zur Deber dienen, die da meinen, sie müßten das Heil auf den österreichischen hohen Bergen suchen. Wer es nicht glaubt, der komme und probiere es selber, und stillschweigend wird er im Fall einer Beschwerde vom Vertrauensmann einen rot angezeichneten „Korr.“ unter die Nase gesteckt bekommen mit dieser Warnung. Sowie für heute. Wir verlangen keine Teilnahme, wollen aber weitere Kollegen vor dem schönen Deutsch-Österreich mit allem Nachdruck warnen. Dornbirn (Vorarlberg). Ein „Ausreißer“.

Das Buchgewerbe im Auslande

Elßaß-Vohringen. Von wichtigen Vorgängen im kollegialen und gewerblichen Leben untes früheren Gaues Elßaß-Vohringen erfahren wir verhältnismäßig wenig. Es ist fast so, als ob Leipzig oder Berlin weltweit entfernt von Strassburg lägen. Einem uns zur Verfügung gestellten Privatbrief und verschiedenen Gedrucksachen entnehmen wir die für viele Kollegen immerhin interessante Tatsache, daß der Bezirksverein Strassburg vom 13. bis 15. August die Feier seines fünfzigjährigen Bestehens beging. Gleichzeitig feierte die Strassburger „Typographia“ ihr 41. Stiftungsfest. Aber den Verkauf des Jubiläum unsrer Strassburger Kollegen wissen wir von unserm Gewährsmann nur so viel, daß Kollege August Keuler (Paris), der ehemalige Verbandsvorsitzende, sowie Deputationen aus Nancy und Remiremont anwesend waren, aber weder ein Vertreter des Internationalen Sekretariats, noch des Schweizerischen Typographenbundes oder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Von letzterem war überhaupt nicht die Rede, obgleich doch deutsche Kollegen das Kind einst aus der Taufe hoben und die große Mehrzahl der Gründungsmitglieder stellten. Kollege Eugen Hübel verfaßte im Auftrag der Malteserschaft Strassburg eine umfangreiche Gedächtnischrift. In chronologischer Reihenfolge zieht darin die wechselvolle Geschichte des ehemaligen Bezirksvereins Strassburg, der jetzigen 175. Sektion des französischen Bucharbeiterverbandes, am Beispiel des Lesers vorüber. Von besonderem Interesse sind die organisatorischen Vorgänge in Elßaß-Vohringen während des Krieges und nach seiner Beendigung. Bei Kriegsausbruch wurde in Strassburg eine Neuerkommission gewählt, die als Strassburger Bezirksvorstand und zugleich auch als Gauvorstand für Elßaß-Vohringen bis zum Jahre 1919 funktionierte und die Vereinigungen führte. Als die Kriegsergebnisse im Jahre 1918 eine Wendung nahmen, die keinen Zweifel ließen, daß die Zugehörigkeit des Gaues Elßaß-Vohringen zum deutschen Verbands nur noch von kurzer Dauer sein konnte, beriefen Gauvorstand und Neuerkommission rechtzeitig über die zu ergreifenden Maßnahmen. Die Haupt-

sache war dabei, der in gewissen Prinzipalstellen vorhandenen Ansicht energisch entgegenzutreten, als würde mit der Trennung Elßaß-Vohringens vom Deutschen Reich auch der Deutsche Buchdruckerlarik gegenstandslos. Nach der Befehung Elßaß-Vohringens durch die französischen Truppen trat die Neuerkommission sofort mit den Vertretern sämtlicher Gewerkschaften in Strassburg zu gemeinsamer Beratung zusammen. Es wurde beschlossen, in direkte Verhandlungen mit der französischen Regierung über die Lage der Gewerkschaften in Elßaß-Vohringen zu treten, die denn auch vollen Erfolg hatten. Die französische Regierung versagte alsbald, daß sämtliche Tarifverträge in voller Geltung blieben. Die jetzige gewerbliche Lage in Strassburg ist als günstig, der Geschäftsgang als ein sehr guter zu bezeichnen, so daß zahlreiche Arbeitsstunden geleistet werden müssen. Neue Druckerleien schieben wie Wolke aus der Erde. Konditionslose gibt es nicht. Neben sechs Tageszeitungen erscheint nächstens zur höheren Ehre der Arbeitererzählung eine kommunizistische und außerdem noch ein royalistisches Blatt. Beide Unternehmen gründen eigene Druckerleien. Das Leben ist auch in Strassburg teuer, aber an deutschen Verhältnissen gemessen doch besser: das Minimum beträgt mit Steuerzulage 147 Fr. wöchentlich.

Österreich. Die Infolge der stetig überhandnehmenden Teuerung bereits angekündigten neuerlichen Verhandlungen zwecks Gewährung einer weiteren Teuerungszulage haben nun stattgefunden und so folgendem zur Zeit annehmbaren Ergebnisse geführt: Die bisher bestehende Teuerungszulage erhöht sich für die letzte Augustwoche (auszahlbar am 3. September) in allen Klassen und Stufen um 22 Proz. des Gesamtlohns, so daß in Wien in der höchsten Minimumstufe nunmehr 2500 + 550 = 3050 Kr. zur Auszahlung gelangen. Vom 5. September an werden weitere 4 Proz. bis auf weiteres gewährt; mithin beträgt das tarifliche Minimum in Wien in der höchsten Gehaltsstufe 3150 Kr. (Minimum 700 Kr., Teuerungszulage 1800 + 650 Kr.). Die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen in den Buchdruckerleien paritätisieren im selben Maße, während die Verhandlungen der in den Zeitungsbetrieben Wiens beschäftigten technischen Personale und Hilfskräfte sowie die der andern Branchen noch vor sich gehen.

Schweiz. Die Arbeitslosigkeit im allgemeinen und speziell in unserm Berufe nimmt nachgerade Formen an, die zum Aufsehen mahnen: das fünfte Hundert Konditionslose in unserm Verbands — bei etwa 4000 Mitgliedern — dürfte bald erreicht sein, und keine Aussicht auf Besserung; im Gegenteil. Alle Geschäfte stocken, der hohe Stand der schweizerischen Valuta macht jeden Handel mit dem Auslande fast zur Unmöglichkeit, dazu geleist sich noch eine „weiche“ Zoll- und Einbuhrpolitik, die eine chinesische Mauer um die Schweiz zieht, so daß man nur mit Schrecken an den kommenden Winter denken mag. Das Zentralkomitee hat denn auch mit Rücksicht auf die beständig zunehmende Not und die geringe Aussicht auf Arbeitsgelegenheit beschlossen, die Dauer der Konditionslosenerntfernung auf 210 Tage zu verlängern. Durch die starke Belastung der Allgemeinen Kasse wird es je nach dem Rechnungsergebnisse des zweiten Quartals eventuell notwendig sein, die gegenwärtige Extrasteuer noch zu erhöhen.

Wie nicht anders zu erwarten war, erachtet das Unternehmen die jetzige Krise als den gegebenen Moment, um seine Wünsche betreffend Arbeitszeitverlängerung und Lohnabbau durchzuführen. In verschiedenen Berufen, in denen die Organisation keine große Macht hat, ist dies auch — unter Mithilfe der Regierungen — zum Teil gelungen. Da dürfen natürlich unsre Buchdruckerprinzipale nicht nachsehen. In einem längeren Artikel der „Buchdruckerzeitung“ wird versucht, der Gehilfenchaft den Lohnabbau mündgerecht zu machen. Es heißt darin u. a.: „Die Verkaufspreise (der Drucksachen) können erst dann eine Revision nach unten erfahren, wenn die Löhne der Gehilfen und des Hilfspersonals ermäßigt werden. . . Wenn die Prinzipale für die technische Herstellung der Drucksachen eine Verbilligung herbeiführen sollen, so ist das nur möglich bei entsprechendem Lohnabbau.“ Dann wird ausgerechnet, daß, um die Sachkunde um 50 Cts. erniedrigt zu können, jedem Gehilfen der Lohn um 12 Fr. pro Woche gekürzt werden müsse. In der „Helvetischen Typographia“ wird dazu energisch Stellung genommen: Die Gehilfenchaft sei jederzeit für einen Lohnabbau zu haben, sobald die Voraussetzungen dazu geschaffen sind; das heißt, wenn die Lebenskosten eine derart spürbare Senkung erfahren haben, daß der Gehilfe imstande ist, mit einem reduzierten Lohne daselbe Quantum an Lebensmitteln und Bedarfsartikeln einzukaufen, dessen er unbedingt bedarf, und wenn er einmal wieder zu einem erdwinglichen Preise wohnen und sich kleiden kann. Lange genug haben selnerzeit die Gehilfen auf die Ausrichtung einer Teuerungszulage warten müssen, und nun sollen sie schon wieder die Leidtragenden sein. Wohl ist die Indersiffer gefallen, aber der Vorschlag betrifft meist minderwertige Artikel; dafür sind dann die Meistjahre und die Steuern, die von der Indersiffer nicht erfaßt werden, weiter in die Höhe gegangen. Also erst Preisabbau, dann Lohnabbau! Etwas anderes kann es nicht geben.

Schweiz. Die Sektion Olmütz des Vereins der Buchdrucker und Schriftgießer Müdens beging am 13. und 14. August die Feier ihres 50jährigen Bestehens unter Teilnahme von Vertretern aus fast allen mährlichen und schlesischen Zweigvereinen.

Italien. Bei Angabe des Turiner Minimums in Nr. 84 unterließ ein Fehler, es ist zu lesen: daß es von 193,75 auf 192 Lire herabgesetzt wurde; in andern Orten trat dagegen eine Erhöhung ein; so beträgt es jetzt für die erste, zweite und dritte Klasse in Viesla 173, 140

und 106, in Bari 123,20, 107,80 und 61,60, nach dreifachigem Streik in Catania 97,77 und 55 Lire; für die erste Gehilfenklasse in Uncona 140, Ferrara 165, Senegaglia 125, in Caferta 105, desgleichen nach dreifachigem Ausstand in Macerata. Neapel erhielt 22 Proz. nach vierwöchigem Streik, Vigena 18 Lire, in Genua erzielten die Zeitungsarbeiter nach zwei Wochen Streik 22 Lire Erhöhung; in Taranto erreichte die erste und die zweite Klasse 104 resp. 92 Lire. Die Konditionslosenzahl liegt in den meisten Orten, Surabell wird nicht geleistet, den diesbezüglichen Vorschlag der Prinzipale lehnte der italienische Bucharbeiterverband ab, wurden doch 1914 bei Erklärung des Krieges, die für acht Wochen die gesamte Gehilfenwelt zum Stocken brachte, sehr schlechte Erfahrungen gesammelt. In den Druckerleien machten je nach Willkür einmal die Seher oder Drucker 4/5 Stunden, eine andre Woche wurden Extrastunden verlangt, das Personal wurde in jeder Weise angepörrt, mehr als das Mögliche zu leisten. Derartige, einer geordneten Arbeitsweise hochsprechende Zustände verhinderte diesmal der Verband. Den wieder steigenden Lebensmittelpreisen entsprechend, wurden die Unterstützungen erhöht, so z. B. in Turin von 64,50 auf 81 Lire für die erste und 56,25 Lire für die zweite Klasse. Desgleichen die Beitragssteuer der Arbeitenden auf 6 und 4 Lire. Gegenwärtig sind 110 Konditionslose vorhanden, etwa 10 Proz. der Buchdrucker.

Eine Kooperativdruckerlei soll auch in Turin gegründet werden; tüchtige Kollegen mit mindestens 5000 Lire Kapital werden aufgefordert, sich an dem Unternehmen zu beteiligen. Ein schon bestehendes Geschäft soll angekauft werden, um es weiter auszubauen. Von den Fallisten gestörte Druckerleien sind leider wieder zwei zu verzeichnen; Ende Juli wurde von etwa 1500 Jener „Patrioten“ eine Strafpedition nach Treviso unternommen und dabei mit den Wälfen „Il Piave“ (republikanisch) und „La Riscossa“ (katholisch) tabula rasa gemacht; die Heiden ließen natürlich, wie überall, Straßzettel aus. Um weiteren Verberungen Einhalt zu tun, schloßen Fallisten und Sozialisten Anfang August offiziell Frieden, wahrscheinlich unter dem Druck unlesbarer, zu erwarrender Zusammenkünfte. Bildeten sich doch überall zur Bekämpfung jener Straßenräuber die Vereinigungen der „Ardiri del Popolo“ („Bewegene des Volkes“). In verschiedenen Provinzen herrschen jedoch jene Gewaltmenschen noch immer. Täglich fallen neue, unschuldige Proletarieropfer, wird das Eigentum jener vernichtet, die irgendwas an der Spitze der Arbeiterbewegung stehen. Für die verwüstete Kooperativdruckerlei wurden von den Kollegen bis jetzt etwa 15000 Lire gesammelt.

Der finanzielle Stand des italienischen Verbandes ist als zufriedenstellend zu betrachten; die Teuerung erreicht eine Erhöhung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, somit auch jene des Beitrags. Der Krankenbestand ist normal, während die Konditionslosen in bedenklicher Weise zunehmen. Ein genauer Rechenschaftsbericht konnte nicht gegeben werden, da für 1920 verschiedene Sektionsabrechnungen noch ausstehen. Wehuts Anlage des Vereinskapitals will man für die Zukunft mehr die Nationale Kreditbank für die Kooperativen bedenken, für welche die Regierung 60 Millionen bewilligt hat.

Den Teuerungszulagen verleihte man in letzter Zeit prinzipalgestaltig, obgleich stattdessen gerechtfertigt, keine Rechnung zu tragen, im Gegenteil will man, eine Preislenkung vorzuschlagend, Lohnabbau vornehmen. In Mailand, Rom, Turin, Florenz, Genua und Bologna wurden solche Vorschläge diskutiert, feste Beschlüsse jedoch nicht getroffen; es herrscht die Meinung vor, jedwede Erniedrigung der Teuerungszulage abzulehnen, wenn der Rückgang der Lebensmittelpreise nicht städtscherfells festgestellt ist. Daraus erfolgende Bewegungen sollen als tarifliche angesehen werden. Der Verbandsvorstand warnte jedoch vor eigenmächtigem Vorgehen.

Zwecks Schaffung eines einheitlichen Normaltarifs wurde ein Entwurf ausgearbeitet. Infolge der Gebrauchs- und Gewohnheiten der verschiedenen Provinzen Italiens stehen der Einführung indes noch viele technische und örtliche Schwierigkeiten entgegen, die es erfordern, daß der Entwurf den einzelnen Sektionen zunächst zum Studium unterbreitet wird. Ein späterer Kongress wird sich dann endgültig damit beschäftigen.

Das 50jährige Jubiläum des Verbandes im kommenden Jahre fällt mit der Gründung der Sehersektion Mailands zusammen. Die Feier wird im Spätherbst stattfinden.

In letzter Stunde wurde vom Minister der Arbeiterversicherung das Dekret unterzeichnet, wonach das Statut der sozialen Versicherungskasse für die graphischen Gewerbe mit sich in Bologna genehmigt worden ist. Es wird somit die Angehörigkeit zu dieser Versicherung gegen unrentwillige Arbeitslosigkeit obligatorisch. Die Kasse erstreckt sich über das ganze Reich. Alle jene Arbeiter müssen ihr angeben, die beschäftigt sind in Buch-, Stein- und Kupferdruckerleien, Zinkographien, Schriftgießereien, Papler- und Kartonfabriken und in der Papler- und Kartonverarbeitung. Ebenso solche Arbeiter, die sich in polygraphischen Abteilungen in Betrieben anderer Gewerbe befinden, wenn sie nach den Tarifen der Verbände der Bucharbeiter, Zinkographen, Buchbinder, Papierarbeiter und Zinkographen entlohnt werden. Das Dekret hat natürlich auch für alle nichtorganisierten Arbeiter Geltung.

Bulgarien. Zweits Warnung für deutsche Druckerkollegen wurden wir von der Sektion des bulgarischen Typographenbundes in Sofia auf Konditionsangebote des Buchdruckerleiters Swan N. Vojinoff in Sofia aufmerksam gemacht. Der Genannte hat wiederholt deutsche Drucker verfassungsmäßig nach Sofia engagiert. Bald nach Antritt der Stellung suchte

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzuzahlen.

Beilage zu Nr. 105 — Leipzig, den 10. September 1921

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Mainz. (Bezirksversammlung vom 28. August.) Neu aufgenommen in die Organisation wurden fünf Kollegen. Zwei Streikbrecher aus Gau-Algesheim wurden auf Grund des § 10 Abs. b und c ausgeschlossen. Die Versammlung beschäftigte sich unter Punkt „Tarifliche Angelegenheiten“ eingehend mit der bevorstehenden Tarifauschussbildung, und es wurde folgender Antrag (Wiesbaden und Worms schlossen sich demselben an) einstimmig angenommen: „Die fortdauernde Steigerung der Lebenshaltung im Vereine mit der ungeführt sich immer weiter ausbreitenden Bewunderung aller Volksgenossen, sowie die seit Jahren völlig unzureichende Entlohnung der gewöhnlichen Arbeiterklasse hat eine derartige Verelendung der Buchdrucker und deren Familien herbeigeführt, daß unbedingt gehandelt werden muß. Die Buchdruckergehilfen des Bezirks Mainz beauftragen deshalb ihren Vertreter, bei den demnächstigen Verhandlungen im Tarifauschuss nur auf Grund der nachstehenden Forderungen zu verhandeln. Der Grundlohn (einschließlich Lohnzuschlag) ist um 100 Prozent zu erhöhen. Sollten sich bis zur Tarifabschlussbildung wesentliche Veränderungen der Steuerungsverhältnisse ergeben, so stellt sich die Gehilfenklasse des Bezirks Mainz gemäß, erhöhte Forderungen zu stellen. Außerdem sind die Wirtschaftsbeurteilungen in der selbigen Höhe in Wochenlöhne umzurechnen. Das Lohnabkommen ist nur bis 30. November 1921 festzusetzen. Die Frage der Sonderzulage für das besetzte Gebiet aller Tarifkreise muß eine grundsätzliche generelle Regelung finden. Die Erhöhung verleiht sich für alle Klassen und Orte und stellt für den Bezirk Mainz das Mindestmaß dessen dar, was bewilligt werden muß. Die Gehilfenklasse des Bezirks Mainz erwartet vom Verbandsvorstand, daß mit der selbigen Gehilfenklasse, lange Verhandlungen zu führen, gebrochen wird. Die Gehilfenklasse steht zu diesem Zweck geschlossen hinter dem Verbandsvorstand.“ Weitere Eingänge von Sammellisten wurden bekanntgegeben und es sei allen denen, die uns in unsern Kampf unterstützt haben und ihre Solidarität bekundeten, an dieser Stelle herzlich gedankt.

Siedlich i. Sa. Am 20. August hielt der hiesige Ortsverein seine Monatsversammlung ab, die gut besucht war. In dieser erfolgte u. a. die Abrechnung über das Johannisfest, bei welchem ein kleiner Reingewinn erzielt worden war. Die der Lehrkräftigung angehörenden jungen Leute treten mit dieser Woche zu weiterer Ausbildung unter Leitung der hiesigen Gehilfenklasse zusammen. In der Aussprache kritisierte Kollege P. Böhm, daß unter Verbandsorganen weiterhin in Aufstellungen über Steuerberechnung stets die höchsten Lohnsätze oder aber gar nicht erreichbare Löhne im Buchdruckerberuf als Beispiel herangezogen. Man solle vielmehr ruhig einmal die Löhne der kleinen oder mittleren Städte zum Gegenstande von An- oder Ausrechnungen anführen, damit auch dem Nichtfachmann, der ab und zu Gelegenheit hat, sich den „Korr.“ wegen seiner wirklich oft wertvollen Abhandlungen zu leisten, schwarz auf weiß gezeigt wird, welche Entlohnung der Buchdrucker in Wirklichkeit erhält. Die gelamte Kollegenklasse ist ebenfalls der geäußerten Ansicht und erwartet, daß derartige Einseitigkeiten in Zukunft unterbleiben. (Dem Verleger des betreffenden Steuerartikels lag es durchaus fern, Potemkinsche Dörfer entstehen zu lassen. Er wählte die höheren Sätze nur, um auch den höher entlohnenden Gruppen praktische Handhaben für die Berechnung des Steuerabzugs zu bieten. Red.)

Algen. Am 27. August fand hier eine gutbesuchte Versammlung statt. Es wurde Stellung genommen zu den letzten Steuerungsverhältnissen. Nach längerer erregter Debatte, in der die besonders teuren Verhältnisse am hiesigen Orte zur Sprache kamen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Mittelklasse Algen betrachtet die heutige Lohnpolitik als eine gänzlich verfehlt. Um einer völligen Verelendung zu entgegen, müssen durch eine einseitige Aktion der gesamten Arbeiterklasse die Löhne wieder auf die Friedenshöhe gebracht werden. Die Löhne von 1914 müssen dem jeweiligen Wertverlust entsprechend umgerechnet zur Auszahlung gelangen. Durch Regierungsmachnahmen ist dies Verfahren auf sämtliche Bedarfsartikel auszubehnen.“ Unter „Tarifbericht“ wurde berichtet, daß zur Zeit die Stundenlöhne der meisten Gewerkschaften um 1 bis 2 Mk. höher sind als die der Buchdrucker.

□ □ □ Rundschau □ □ □

„Wichtig nebenstehende Dinge?“ In der zum 6. September erschienenen Festnummer der „Zeitschrift“ zur Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins in Bad Wildungen wird unter Nr. 100 enthaltener Hinweis auf die auffällige Wertminderung des aus der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker ausgeschlossenen Buchdruckerleiters Ernst Günz in Bad Wildungen dadurch

abzuschwächen versucht, daß dieser Herr der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft an die Reichshöhe gebunden wird, da er nur auf deren Erlaß als Quartiermeister fungierte. Daß der nichtstarke Herr Günz jedoch in einem vom Hauptvorstande des Deutschen Buchdruckervereins herausgegebenen besonderen Aufruf an „Deutschlands Buchdrucker und ihre Frauen!“ allen Teilnehmern der Wildunger Tagung als brüderlicher Vertrauensmann des Deutschen Buchdruckervereins empfohlen wird, kann doch nur dann nebenstehlich erscheinen, wenn man die Zugehörigkeit zur Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker als ebenso nebenstehlich beurteilt. Weil wir das letztere nicht wollen, sondern Hochachtung tariflicher Grundätze immer noch als Pflicht betrachten, vermögen wir auch nicht einzugehen, wo man bei so nebenstehlicher Auffassung der Dinge das Recht herleiten will, sich als Richter über Tarifverhältnisse auf Gehilfenliste zu stellen und zu befähigen. So befragt auch dieses Vorkommnis nur, daß zweierlei Maß in dieser Richtung mit Schuld daran ist, wenn tarifliche Rechte und Pflichten immer mehr ins Wanken gekommen sind. Traurig ist es daher nicht, wenn wir auf derartige Erklärungen pflichtgemäß hinweisen, sondern unverantwortlich ist es, wenn man solche Sinnesweise als ein Scharfmachen der Gehilfenklasse beurteilt. Das genügt nicht nur von gänzlicher Weltfremdheit, sondern von einer Beurteilung unfer Aufgaben, die mehr auf Annahme als auf sachliche Erkenntnis schließen läßt.

Offene Stellen für befähigte Gewerkschafter. Durch den Zentralfestnachweis des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin SO 16, Engelauer 24) werden gesucht: Lebhafte Arbeiterleiter für Kempten im Allgäu (Gehaltsanträge abgeben). Betriebsratsleiter für Stuttgart-Neuhausen (Antritt 1. Januar 1922). Arbeiterleiter für Landeshut in Schlesien (Gehaltsanträge abgeben). Ausführliche Bewerbungen sind an genannte Zentrale zur Weiterbeförderung möglichst sofort einzuliefern.

Die Pressenreferate während der Nordischen Woche in Lübeck. Der Austausch von Gedanken und Anregungen begann mit einer Pressenkonferenz, an der die Journalisten aller vertretenen Länder und auch ein Vertreter der ostländischen Presse teilnahmen. Dem „Berliner Tageblatt“ wird darüber berichtet: „Man versuchte auf allgemeine Gesichtspunkte abzukommen und machte sich an die Erörterung ganz praktischer Fragen. Im Vordergrund stand die Frage der Berufsorganisationen, und es überraschte nicht, zu hören, daß auch in den anderen Ländern die Journalisten durch die wirtschaftliche Lage gezwungen worden sind, sich streng beruflich und ganz unpolitisch zu organisieren, um so ein wirkliches Machtmittel im Wirtschaftskampfe zu haben. Es scheint aber, als ob jenseits der deutschen Grenzlinie die Eingekerkel eine größere Rolle, denn zu einer solchen Festigkeit haben es bisher die deutschen Presseleute noch nicht zu bringen vermocht, daß sie, wie die skandinavischen Journalisten, eine gezielte Sicherung freundlich dankend ablehnen müßten. Im weiteren Verlaufe der Besprechung wurden sehr gute und praktische Vorschläge für einen geordneten Nachrichten-austausch gemacht.“

Die Reaktionen in Bayern und die Zeitungsverbote. Die bayerische Regierung gibt der Reichsregierung gegenüber nicht nach und es scheint, als ob letztere zu Konzessionen bereit ist, die für die Reichswehr verhängnisvoll werden können. Die Herren drohen unverhüllt mit einem reaktionären Pulsch. Der „Mesbacher Anzeiger“ hat das auf Grund der Reichsverordnung vom 29. August gegen ihn erlassene Verbot umgangen und erscheint seit 6. September unter dem Titel „Mesbacher Tageblatt“. Es ist klar erkenntlich, daß es sich um das gleiche Blatt handelt wie der verbotene „Mesbacher Anzeiger“. Es wird auch in der gleichen Druckerlei hergestellt und enthält sämtliche amtliche Anzeigen ebenso wie der „Mesbacher Anzeiger“. Nur der verantwortliche Redakteur und Verleger sind durch Strommänner ersetzt. Es ist kaum zweifelhaft, daß die bayerische Regierung wegen des Erschließens des „Mesbacher Anzeigers“ nicht das gleiche Verfahren anwendet wie gegen das Erschließens des unabhängigen „Kampf“, die „Morgenpost“, die immer noch auf Grund des bayerischen Ausnahmezustandes verboten ist. In der Reichsverordnung vom 29. August heißt es ausdrücklich, daß sich das Verbot auch auf jede angeblich neue periodische Truchdruckerei erstreckt, die sich als alte darstellt. Die „Münchener Allgemeine Abendzeitung“ erscheint trotz der Aufforderung des Reichsministers des Innern an die bayerische Regierung, das Blatt zu verbieten, weiter mit heftigem Inhalt gegen die Reichsregierung. U. a. wird gelagt: „Man müsse in Bayern das bayerische Volkstum vor den durch die Unterdrückung Berlin zweifellos drohenden Angriffen retten.“ Im übrigen wurde noch „Der Sturm“, eine deutsch-völkische Zeitung in Hannover, auf 14 Tage verboten.

Projekte gegen die Zeitungsverbote. Der Reichsverband der Deutschen Presse, Bezirksverband Berlin, protestiert in einer Entschließung gegen die Zeitungsverbote. Er lehnt einstimmig getreu der Stellungnahme, die er stets (auch gegen die Willkür der Militärzensur?)

eingenommen habe, grundsätzlich auch heute jede Einschränkung der Pressefreiheit mit Entschiedenheit ab“. Gleichzeitig werden darin alle Angehörigen des Reichsverbandes der Deutschen Presse aufgefordert, „bei der Ausübung ihres hohen Amtes strengste Selbstzucht zu üben und namentlich auch in der Höhe des politischen Kampfes nie zu vergessen, was sie dem öffentlichen Nutzen der Presse und der Ehre der im andern Lager für ihre Überzeugung kämpfenden Kollegen schuldig sind“. Für die Pressehelfer vom Schlage des Mesbachers wird diese Mahnung freilich vergeblich sein. Die Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger nahm auf einer außerordentlichen Tagung Stellung gegen die Zeitungsverbote und der Verein Deutscher Zeitungsverleger trat in einem Schreiben an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler für die Pressefreiheit ein. Die Reichsregierung wird u. a. darauf aufmerksam gemacht, daß das Verbot von Zeitungen und Zeitschriften eine wirtschaftliche Schädigung nicht nur des Unternehmers, sondern auch der Angestellten und Arbeiter bedeute, und daß an Stelle der erhofften politischen Beruhigung eine wirtschaftliche Erschütterung treten kann. Am 9. September tritt der auf Grund der Verordnung vom 29. August gebildete Reichsratsausschuß zusammen, um über die vorliegenden Beschwerden der verbotenen Zeitungen zu beschließen. Die Vertreter der auswärtigen erscheinenden, von den Verboten betroffenen Zeitungen sind zu dem Termin geladen.

Zeltweiser Fortfall des Sortimentszuschlags. Zu unsern Hoffen in den Nr. 82 und 95 in der Frage des Sortimentszuschlags können wir heute Erfreuliches nachtragen. Nachdem bereits durch Vereinbarungen zwischen dem wissenschaftlichen Verlag und dem Sortiment der Steuerungsamt auf das wissenschaftliche Buch gefallen ist, haben die neugegründete Arbeitsgemeinschaft literarischer Verleger und die Vereinigung schulfachwissenschaftlicher Verleger mit einer Gruppe großer, angesehener Buchhändler in Berlin und im Reich den Fortfall des Sortimenterteuerungszuschlags auch auf das schulfachliche Buch beschlossen. Der Schutzverband Deutscher Schriftsteller bietet das überlebende Publikum, diese Bestrebungen zur Weckerstellung des festen Ladenpreises, der Grundlage einer gesunden und kulturellen buchhändlerischen Preispolitik, in weitestem Maße beim Ankauf der Bücher zu unterstützen.

Kongress der freien Gewerkschaften Deutschlands. Der 11. Kongress der freien Gewerkschaften Deutschlands wird in der Zeit vom 19. bis zum 24. Juni 1922 stattfinden. Der Tagungsort ist noch nicht bestimmt.

Gewinnbeteiligung der Arbeiter in England. Nach dem Berichte des englischen Arbeitsministeriums von 1920 über Gewinnbeteiligung und Arbeitermitbestimmung in dem Vereinigten Königreich haben im ganzen seit 1829 380 Unternehmen in England die Gewinnbeteiligung eingeführt, 198 sie wieder aufgegeben, in 182 bestand sie Ende 1919, 29 Betriebe haben sie erst in den ersten zehn Monaten des Jahres 1919 übernommen. Wenn man die Lebensfähigkeit der Gewinnbeteiligung in den einzelnen Branchen unterucht und die Zahl der beteiligten Arbeiter feststellt, überwiegt in der Mehrzahl zwar auch der negative Erfolg: Im Baugewerbe sind 1919 von 14 in Frage kommenden Betrieben nur 3 übrig geblieben, im Buchdruck- und Buchbindergewerbe von 38 nur 12, in der Holzverarbeitung gar von 10 Firmen eine mit 60 Arbeitern. Aber demgegenüber ist doch festzustellen, daß die 5 dem Bank- und Versicherungswesen angehörenden Betriebe mit 24325 Angestellten, welche die Gewinnbeteiligung eingeführt hatten, ihr freu geblieben sind, in der Textilindustrie von 25; 17 Unternehmen mit 24157 Angestellten, im Schiffbau und Maschinenbau von 31: 11 mit 81497 Arbeitnehmern, wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß hier von 70000 der einen Firma W. G. Armstrong, Whitworth & Co. angehören. Der einzige Zweig indes, in dem die Gewinnbeteiligung eingewurzelt und zu einer dauernden Einrichtung geworden ist, sind zweifellos die Gaswerke; 36 von 40, die es übernommen, haben es beibehalten, 35 von ihnen zählten 1919 33528 Arbeiter. Sehen wir vom Schiffbau ab, so umfaßt diese Industrie die größte Anzahl Betriebe und Menschen, welche die Gewinnbeteiligung übernommen haben. Der Bericht des Arbeitsministeriums läßt es dahingestellt, wie weit der Bonus eine effektive Erhöhung der Arbeitsentlohnung und nicht etwa nur ein Substitut des letzten Lohnes ist, der dafür um so knapper bemessen wird. Es wird die Ansicht geäußert, das letztere sei nicht möglich, wo die Trade Unions fest organisiert seien, wohl aber, wo nur ein loser Zusammenschluß der Arbeiterklasse besteht oder die in Frage kommenden Unternehmer ein wirkliches Monopol besitzen wie die Gasgesellschaften.

Kontingentsgenossenschaftliche Betriebsprobleme. Neuer Bestrebungen von Kontingentsgenossenschaftsvertretern in Hamburg hatten brennenden Fragen der Eigenproduktion und Betriebsführung. Die Vollerzeugung der bestehenden Kontingentsgenossenschaften mit An- und Auslandsgetreide soll auch unter Zuhilfenahme landwirtschaftlicher Genossenschaften und durch Förderung der Brot- und Futtergetreideerzeugung gesichert werden. Über die Errichtung von weiteren Mühlenerbetrieben durch Kontingentsvereine sollen zu

nächst die berufenen Instanzen des Zentralverbandes verhandeln. Hier möchte aber im Interesse fortschrittlich gesinnter Genossenschaftler gefragt sein, ob man aus den frühen Erfahrungen, die mit den Mahlvorhaben mit trockener Getreidereinigung bei hochprozentiger Ausmahlung gemacht wurden, die notwendigen Konsequenzen ziehen will. Bei trockener Getreidereinigung gelang es bekanntlich nie so recht, den gesundheitlichen Anforderungen bei starker Ausmahlung, die im Interesse kräftiger Ernährung bei der Knappheit und Teuerung auch künftig notwendig ist, gerecht zu werden. Empfehlenswerter ist hier das in Anlage und Betrieb nicht leure Steinmahlverfahren, das alle Schmutzteil und kranke Körner vermöge nasser Reinigung entfernt. Das Brot aus 94prozentigem Mehl von der Steinmühlmühle ist lauter und locker und bekommt besser. Nach Professor Kimmie u. a. könnten dabei noch 75 Milliarden und mehr gespart werden, die der Volkswirtschaft zugute kommen. Die Konsumvereine dürfen auf keinen Fall mit dem gegnerlich interessierten Grobmühlkapital gemeinsame Sache machen, vor dessen Fellenmauern sich bisher der allgemeine Fortschritt in der Mülerei gebrochen hat. Freilich der großen Masse unfres Volkes fehlt es an Einblick in die umwälzende Kraft der Wahrheit; sie klammert sich durch die schlechte Erfahrung mit dem Kriegsbrot an das „alleinseigmachende“ weiße Brot. Sie muß aber durch ihre Führer aufgeklärt werden. In verschiedenen Konsumvereinen wird ja auch die Reformmüllerei betrieben; es ist aber noch zu wenig. Bäckereifragen nahmen des weiteren in den Besprechungen einen breiten Raum ein. Allenhalber wurden Klagen laut über die Benachteiligung, die die Bäckerei durch die Zwangswirtschaft erlitten haben, namentlich durch Belieferung mit schlechtem Mehl und durch die Schieberien des privaten Gewerbes. Die Vorteile des Großverkaufs seien durch die mittelstandspolitischen Maßnahmen der Zwangswirtschaft beseitigt, während die Arbeitsfreudigkeit gestiegen habe. Einige waren die Gewerkschaffler mit den Genossenschafflern in der Verurteilung der wilden Streiks sowie bezüglich der einheitlichen Durchführung der Sozialgesetzgebung (Nachbavord und Sonntagsruhe), Fleischereifragen sollen hauptsächlich den Einkaufsvereinigungen zur Erledigung vorbehalten bleiben.

Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften. Die Mitgliederzahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften lag im Jahre 1920 im Jahresdurchschnitt von 5479073 auf 7890102. Vergleicht man damit die Mitgliederzahl der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften, dann ergibt sich, daß noch viele Sonderlaufende Gewerkschaffler ihren Lebensbedarf unter Bereicherung privatkapitalistischer Unternehmer decken. Der genossenschaftlichen Werbearbeit steht also noch ein weites Feld offen.

Ein Schmiergeldfreund. Der bisherige Leiter der Sportausdrucker in Degerloch, H. Häring, hat, wie der Tagespresse meldet, Schmiergelder von Papierlieferanten bezogen und wurde deshalb seines Postens entbunden.

Die Notenpresse und Geldhamsterei. Am 31. Dezember 1918 befanden sich für 22.188.000.000 Mh. Banknoten im Umlauf, eine Riesennummer, welche schon damals großes Bedenken erregte. Bis zum 31. Dezember 1919 erhöhte sich diese Ziffer auf 35.698.000.000 Mh., bis zum 31. Dezember 1920 auf 68.805.000.000 und am 31. Juli 1921 hatte sie die ungeheure Höhe von 77.391.000.000 Mh. erreicht. Eine Riesenlast, entstanden durch den Krieg und im besondern durch seinen unglücklichen Ausgang. Die Befreiungskosten im Rheinland erfordern allein jährlich eine Ausgabe von vielen Milliarden, Milliardenlumpen aber müssen auch zur möglichsten Verbilligung von Lebensmitteln aufgewendet werden; geküßte dies nicht, so würde der Lebensunterhalt des deutschen Volkes sich noch viel schwieriger gestalten. Durch die steigende Vermehrung der Banknoten sinkt der Wert. Gelangten die Banknoten früher an ihre Ausgabestelle zurück, so werden sie jetzt dem Verbleib massenweise entzogen. Sie wandern hauptsächlich ins Ausland, wo sie verbleiben, um dort zu schädlichen spekulativen Zwecken genutzt zu werden. Ein nicht minder verwerfliches Treiben ist die Geldhamsterei im Inlande zur Steuerhinterziehung oder aus Angst, es könnte verloren gehen. Aber das gerade Gegenteil ist der Fall, und durch Diebstahl, Brand usw. gehen den Hamstern große Vermögenswerte verloren, was zur Erziehung zur Vernunft durchaus nichts Schaden kann. Es ist nur zu bedauern, daß es für die Allgemeinheit keinen Nutzen bringt, im Gegenteil uns dadurch der immer mehr zunehmende Papiergeldumlauf noch tiefer ins Elend drückt.

Ein Eheverbot für Kranke. Der Landesamtsrat von Wien beschäftigt sich, wie die „Deutsche Strafrechtszeitung“ berichtet, mit einem Gesetzentwurf, der die Ehe für ein Jahr einschränken soll, daß die an besonders vererbaren Krankheiten leidenden Personen Ehen eingehen. Personen, die mit Geschlechtskrankheiten behaftet sind, soll die Ehe zeitlich oder auch dauernd verboten werden. Es soll ein Gesetz ausgearbeitet werden, nach welchem jede Person, die heiraten will, ein ärztliches Gutachten einholen muß. Der Ehekontrakt soll ein Vorläufer eines Gesetzes über die Zwangsbehandlung der Geschlechtskrankheiten sein. Ein absolutes Eheverbot wird es für Geschlechtskranke nicht geben; sie werden nur angewiesen, sich erst heilen zu lassen und dann erst zu heiraten. Ferner soll Auserkennung die Ehe verboten oder deren Abschluß wenigstens aufgehoben werden. Schließlich soll unheilbaren Kranken, etwa solchen, die mit unheilbaren Geisteskrankheiten oder mit nicht behebbaren physischen Gebrechen behaftet sind, die Eheabschließung unterlag werden. **Gesetzliche der Arbeiter in Irland.** Die Dubliner Blätter berichten, befinden sich die großen Mühlen- und

Bäckereianlagen der Firma Cleeve in dem in der Grafschaft Wimerid gelegenen Buree vollständig in den Händen des irischen Transportarbeiterverbandes. Aber dem Hauptorte der Mühle prangt in riesengroßen Buchstaben die Inschrift „Buree-Sowjet-Arbeitermühlen: Wir machen Brot, aber keinen Profit“. Darunter liest man: „Die Buree-Mühlen und Bäckereien sind jetzt Eigentum der Arbeiter. Die Mühlen und die Verkaufsstellen sind für den Verkauf von Brot, Mehl und Kleie geöffnet. Wir hoffen, durch Ausschaltung jeden kaufmännischen Gewinns die Preise herabsetzen zu können. Auf Befehl der Arbeiter!“ Als die Arbeiter von dem Unternehmen Besitz ergriffen, wurde sofort die rote Fahne auf dem Gebäude gehißt. Gegenwärtig weht daneben auch die Fahne der irischen Republik. Die Zwistigkeiten, die zwischen den Arbeitern und dem Besitzer im November des vorigen Jahres wegen der Entlassung eines Arbeiters ausbrachen, haben mit der Erklärung des Sowjetregiments für Erde gefunden. Die Führer versichern, daß die Produktion verdoppelt sei.

Briefkasten

A. B. in Bitterfeld: Eine solche Belastung unfres Glafs ist unmöglich. Abonnieren Sie bitte bei der dortigen Postanstalt. — **A. A. in B.,** Fr. B. in Ch., J. C. in A., R. A. in S., und H. Schr. in S.: Wird aufgenommen! — **S. St. in S.:** Die Bescheidenheit der andern Seite ist leider noch viel bedauerlicher und verbielt uns gegenwärtig die Veröfentlichung Ihrer Einwendung. **Fr. G. in B.,** — **H. A. in G.,** Fr. Pfeilshof, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. — **E. L. in W.:** 7,50 Mh.

□ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Surlfür, Nr. 191.

Essen. Der Drucker Martin Hegenblyer aus Homburg v. d. S. (Hauptbuchnummer 10942), am 30. April angeblich abgereist von Essen nach Homburg v. d. S., sowie der Seher Georg Link aus Nürnberg (Hauptbuchnummer 11191) werden aufgefordert, sich zwecks Regelung ihrer Beitragsangelegenheiten mit dem Bezirkskassierer Ernst H. Arms, Klosterstraße 18, in Verbindung zu setzen, andernfalls Ausschluß erfolgt.
Bezirk Donauwörth. Der Seher (Aukulteur) Franz Mener aus Donauwörth wird ersucht, sich umgehend mit dem Kassierer H. Fischer, Donauwörth, Parkstraße 37, in Verbindung zu setzen, andernfalls Ausschluß erfolgen muß.

Abwesenveränderungen

Celli S. Vorsitzender: August Ahlborn, Neustadt 21.

Verammlungskalender

Halberstadt. Herbstbezirksversammlung Sonntag, den 11. September, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Gerberstraße 15.
Nowawes-Boisdam. Versammlung Sonntag, den 11. September, vormittags 10 Uhr, im „Gilmplatz“, Nowawes, Priesterstraße 31.
Bell. Versammlung heute Sonnabend, den 10. September, abends 7^{1/2} Uhr, im Vereinslokale „Gute Quelle“.

Verband der Deutschen Buchdrucker

Bilanz am 30. Juni 1921

Einnahmen		Einnahmen und Ausgaben in den Gauen für die Monate Januar, Februar, März 1921		Ausgaben		
	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.	
An Saldovortrag vom 31. März 1921		16522028	30	Per Unterfütungen in den Gauen im 1. Quartal 1921, Verwaltung usw.	2391166	
„ Einschreibegeld, Beiträgen usw. in den Gauen im 1. Quartal 1921		4285561	69	„ Saldovortrag für 1. Juli 1921	18416423	
		Summa	20807589	99	Summa	20807589
					99	

Der Saldo von 18416423,90 Mh. setzt sich zusammen aus 12207657,41 Mh. in Wertpapieren und Darlehen, deren Ankaufswert 12085212,66 Mh. beträgt, 5786265,32 Mh. in bar, 157501,17 Mh. Vorkauf in den Gauen und 265000 Mh. Vorkauf des „Korrespondent“.

Berlin, den 25. August 1921.
Vorsteher der Kassenabteilung wurde von mir geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Geschäftsbüchern in Übereinstimmung gefunden.
Berlin, den 30. August 1921.

Erich Kenninger, Bücherrevor.

Vorsteher der Kassenabteilung ist revidiert, in gebührender Ordnung befunden und der buchmäßige Tageshaushalt von 6693478,02 Mh. in Belegen und Kasse festgestellt worden.
Berlin, den 28. August 1921.

Die Revisionskommission:

Max Ehling, Franz Siebert, Paul Grumbach.

Auszug aus den Protokollen der Verbandsstiftungen im ersten Quartal 1921

1. Die Unterfütung laut § 21 der Bestimmungen über die Unterfütungen erhielten: im Gau Bayern 2, Dresden 45, Erzgebirge-Vogtland 3, Frankfurtsessen 1, Hamburg-Alttona 1, Hannover 8, Leipzig 6, Mittelrhein 1, Ober 10, Rheinland-Westfalen 18, An der Saale 10, Thüringen 1, Württemberg 1; zusammen 107 Mitglieder.
2. Anzugskosten: Eine Beihilfe zu den Kosten ihres Anzugs erhielten im Gau Bayern 3, Berlin 10, Danzig 1, Dresden 3, Erzgebirge-Vogtland 3, Frankfurtsessen 3, Hannover 4, Leipzig 1, Mittelrhein 3, Nordwest 4, Oberrhein 5, Ober 7, Ostpreußen 5, Rheinland-Westfalen 13, An der Saale 5, Schlesien 4, Schleswig-Holstein 2, Thüringen 2, Württemberg 5; zusammen 85 Mitglieder.
3. Ordnungssirafen: Wegen Vergehens gegen die Bestimmungen für vorübergehend Erwerbsunfähige (Kranke) wurden im Gau Bayern 2, Berlin 6, Erzgebirge-Vogtland 1, Hannover 1, Leipzig 2, Ober 1, Württemberg 1, insgesamt 15 Mitglieder mit Ordnungssirafen belegt.
4. Rechtschutz erhielten je 1 Mitglied in den Gauen Berlin, Hannover, An der Saale, Schleswig-Holstein, Württemberg und 2 Mitglieder im Gau Leipzig bewilligt.
5. Invalidenunterfütung: Gemäß den Bestimmungen des Vorstandes vom 24. Juni 1920 wurden als dauernd Erwerbsunfähige (Invaliden) anerkannt und denselben die Unterfütung bewilligt: im Gau Bayern:

1. der 72jährige Seher Konrad Wagner aus Mindelheim (Allerschwäche); im Gau Berlin: 2. der 63jährige Korrektor Paul Becker aus Götlich (chronisches Herz- und Nierenleiden), 3. der 39jährige Drucker Georg Gebhardt aus Berlin (Schlaganfall), 4. der 70jährige Seher Bruno Schunk aus Konig (Gefäßverhärtung), 5. der 46jährige Drucker Karl Gräß aus Berlin (Gehirnerkrankung), 6. der 39jährige Seher Richard Krebs aus Berlin (Geisteskrankheit), 7. der 65jährige Drucker Georg Schilhan aus Berlin (Gefäßverhärtung); im Gau Frankfurtsessen: 8. der 33jährige Sieher Vilus Jung aus Meß (Folgen einer Lungen- und Rippenfellentzündung), 9. der 54jährige Sieher Georg Sörges aus Jarheim (Lungenüberkultose); im Gau Hannover: 10. der 39jährige Seher August Nöben aus Braunschweig (Lungenleiden), 11. der 70jährige Drucker Wilhelm Schiemann aus Hannover (Allerschwächen); im Gau Leipzig: 12. der 70jährige Seher Karl Wehrmann aus Leipzig (rechtsseitige Lähmung), 13. der 61jährige Seher Heinrich Ziegler aus Luckau (M.L.) (Amputation des linken Beines), 14. der 66jährige Drucker Richard Jeride aus Leipzig (chronischer Rheumatismus der Gelenke, Nervenverhärtung, Lebererkrankung), 15. der 67jährige Seher Richard Nöppe aus Gollup (Geisteschwäche); 16. der 61jährige Seher Franz Geibler aus Leipzig (chronische Nervenverhärtung); im Gau Mecklenburg-Vorpommern: 17. der 57jährige Drucker Karl Anders aus Wismar (Verlust von vier Fingern infolge eines Infektionsfalls); im Gau Mittelrhein: 18. der 55jährige Seher Ludwig Saffinger aus Meienheim (Alzheimer); im Gau Oberrhein: 19. der 48jährige Seher Georg Friedrich Stolz aus

Labr l. B. (Lungenemphysem, chronische Herzmuskelchwäche, Lebererkrankung, Darmstörungen, doppelseitiger Leistenbruch); im Gau Rheinland-Westfalen: 20. der 62jährige Seher Karl Ziemer aus Wismar (Nervenverhärtung), 21. der 59jährige Seher Wilhelm Engelmann aus Bamberg (Nervenverhärtung und Herzkrankung), 22. der 57jährige Seher Arnold Schaeffer aus Nachen (Herzleiden), 23. der 65jährige Seher Gustav Fischer aus Bielefeld (Lungenleiden); im Gau Schlesien: 24. das 66jährige Mitglied Ernst Salthe aus Breslau (Nervenleiden); im Gau Württemberg: 25. der 37jährige Schweizerdegen August Bauer aus Wilsbach (Lungenüberkultose), 26. der 60jährige Seher Friedrich Rümmele aus Mühlhausen i. G. (Nervenleiden), 27. der 50jährige Seher Albert Maurer aus Stuttgart (Gehirnerkrankung); 28. der 62jährige Seher Sullus Hildinger aus Ludwigsburg (Herzleiden).

Invalidenstand: Abernommen vom 4. Quartal 1920 1061, neu hinzugekommen 28, wieder in Bezug getreten 4, zusammen 1093; hiervon Abgang 30 (gestorben 20, außer Bezug getreten 10), bleibt Invalidenstand 1063.

6. Verwaltung: Verband wurden ein Rundschreiben an die Gauvorstände und vier Rundschreiben an die Gauvorstände und Bezirksvertreter, sämtlich kurze Mitteilungen informativen Charakters enthaltend.

7. Geschäftsverkehr in den Monaten Januar bis März 1921: 2172 eingegangene und 1627 abgegangene Postsendungen.